



Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. Februar 2017, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Bergamin Patricia (SVP), Holinger Lorenz (SVP), Nketia Singhoh (SP), Odermatt Dominic (FDP) und Porchet Pascal (FDP)

Abwesend: Ratsmitglied Büchi Vreni (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 21.12.2016 und 18.01.2017 ://: Das Protokoll vom 21.12.2016 wird einstimmig mit der beantragten Berichtigung genehmigt. ://: Das Protokoll vom 18.01.2017 wird einstimmig genehmigt.	-
2. Quartierplan Cheddite II - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 1. Lesung Das Geschäft wird anlässlich der 1. Lesung beraten.	2016/13 2016/13a
3. Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2021 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) ://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und den vorberatenden Kommissionen nimmt der Rat einstimmig den EP 2017-2021 sowie den Stellenplan zur Kenntnis.	2016/15 2016/15a-c
4. Fragestunde In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen beantwortet.	-
5. Mehrwertabgabe - Interpellation „Münchensteiner Mehrwertabgabe vom Bundesgericht geschützt - was macht Liestal?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion Erledigt nach der stadträtlichen Interpellationsbeantwortung.	2016/29
6. Verwaltungsdienstleistungen - Bericht des Stadtrats zum Postulat „Bedarfsgerechte Dienstleistungen der Verwaltung!“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion Vertagt wegen Zeitmangel.	2016/250 2016/250a
7. Winterdienst - Interpellation „Winterdienst: Einsatz von Salzsole“ von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion Vertagt wegen Zeitmangel..	2017/34

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder, Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro sind keine Mitteilungen zu machen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosa
- Korridorbericht Ergolztal - Frenkentaler vom Oktober 2016
- Antwort Stadtrat zu Kleinen Anfrage „Böschung zum Werkraum Schulhaus Fraumatt“ (Vorlage Nr. 2016/32a)
- Vorlagen Nr. 2017/36 - Nr. 2017/38 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Cliquen-Chäller - Interpellation von Markus Rudin namens der SVP-Fraktion betreffend Kündigung Cliquen-Chäller an der Salzgasse (Nr. 2017/36)
- Verkehrserschliessung Liestal/Lausen - Postulat „Gemeindeübergreifende Verkehrerschliessung Liestal/Lausen“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion und Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion (Nr. 2017/37)
- Stadion Gitterli - Postulat zum Stadion Gitterli von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2017/38)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|---|--|
| - Wunderlin Vreni (CVP/EVP/GLP, Ersatzmitglied) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Baumgartner Vreni (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadträtin Regula Nebiker nimmt Bezug auf die viel diskutierte Fasnachtsbändeli-Aktion der letzten Tage und stellt fest, dass es dabei nicht um Repressionsmassnahmen oder um ein Alkoholverbot geht, wichtig ist vielmehr die Prävention und eine Sensibilisierung bei der Umsetzung des Jugendschutzgesetzes. So sollen die Standbetreiber mit Alkoholausschank dabei unterstützt werden, dass sie die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes einfacher kontrollieren und einhalten können. Diese Aktion wurde lanciert, nachdem sämtliche minderjährigen Testkäufer des Pass- und Patentbüros an der letzten Fasnacht Alkohol bekommen hatten, ohne ihre Ausweise zeigen zu müssen. Die Bändeli-Aktion ist relativ anerkannt und wird erfolgreich seit Jahren beispielsweise am Guggenkonzert in Reigoldswil erprobt. Die Kontrollen an der diesjährigen Fasnacht werden dann aufzeigen, ob die Bändeli-Aktion von Nutzen war oder nicht.

Stadtrat Daniel Spinnler informiert über die stadträtliche Stellungnahme an den Kanton betreffend den möglichen Deponie-Standorten in Liestal. Gemäss Standortevaluation liegt der Standort Höli auf Platz 1 und der Standort Plänezen im Windental auf Platz 5. Der Standort Elbis in Füllinsdorf liegt auf Platz 3 und würde via Gemeindegebiet von Liestal erschlossen. Schlussendlich wird auch der Einwohnerrat noch einen Entscheid betreffend dem definitiven Inertstoffdeponie-Standort zu fällen haben. Der Stadtrat stimmt einer Erweiterung der Höli-Deponie zu. Den Standort Plänezen im Naherholungsgebiet Windental lehnt der Stadtrat ab. Eine Weiterverfolgung der beiden Deponien Höli in Liestal und Elbis in Füllinsdorf würde wegen der identischen Erschliessung aber Liestal übermässig belasten, weshalb diese Variante vom Stadtrat abgelehnt wird. Ebenfalls werden die Bedingungen gestellt, dass vom Kanton auch Lösungen betreffend dem Westteil des Kantons gefunden werden müssen, betreffend den Deponiematerial-Anlieferungen wird ein Gebietsbeschränkung verlangt, im Ostteil des Kantons sollen nebst der Deponie Höli weitere Deponie-Standorte betriebsbereit zur Verfügung stehen, ein nachhaltiger Deponiebetrieb mit genügend grossen Deponien oder Recycling-Massnahmen wird gefordert, Ausgleichsmassnahmen sind zu treffen und auch Mehrwert-Abgeltungen bei Aufzonungen wären mit den Betreibern auszuhandeln. Die Bürgergemeinde Liestal hat Kenntnis von der stadträtlichen Stellungnahme und diese hatte selbst auch schon ihre Ortsbürger informiert.

Stadtpräsident Lukas Ott legt dar, dass man den heutigen Medienmitteilungen den Regierungsratsbeschluss betreffend der Ausgleichsinitiative entnehmen konnte. Der Stadtrat ist enttäuscht vom regierungsrätlichen Entscheid, will man doch auf die Initiative nicht eingehen und kann auch keinen substanziellen Gegenvorschlag unterbreiten. Die vom Regierungsrat aufskizzierte Alternative, dass man überproportional belastete Gemeinden verstärkt über Härtefonds-Beiträge entlastet, hilft eigentlich nicht gross, denn von solchen wirkungsvollen Entlastungen könnte nur ein Kleinstanteil der Gemeinden profitieren. Auch Liestal mit der höchsten Sozialhilfequote hat die diesbezüglichen Bestimmungen studiert und wird wohl kaum in den Genuss von Härtebeitragsentschädigungen kommen. Liestal wird mit Nachdruck seine Interessen im Landrat einbringen und sich auch für den voraussichtlichen Abstimmungskampf wappnen. Die in der regierungsrätlichen Medienmitteilung gemachte Aussage, dass die Vorschläge der Initianten zu Fehlanreizen führen dürften, ist doch implizit ein Vorwurf an die Sozialhilfebehörden und zeigt auf, auf welch wackligen Füßen die regierungsrätliche Argumentation steht.

Traktandenliste

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren betreffend der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Es werden die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 09. Februar 2017 behandelt.

61 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 21.12.2016 und 18.01.2017

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert darüber, dass das Büro gemäss Änderungsantrag von Ratsmitglied und BPK-Präsident Thomas Eugster (FDP) die Genehmigung des Protokolles vom 21. Dezember 2016 mit folgender Berichtigung beantragt:

Trakt. 3 - QP Grammet (Nr. 2016/9) - Votum Thomas Eugster (FDP), 2. Zeile

... Beim Projekt sollen zwei Liegenschaften mit total 168 Wohnungen bei einem Investitionsvolumen von 76,4 Millionen Franken (nicht 168 Millionen Franken) entstehen.

Der Ratspräsident kann feststellen, dass zum Änderungsantrag des Büros keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21. Dezember 2016 wird mit der beantragten Änderung einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert darüber, dass betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung vom 18. Januar 2017 keine Änderungsanträge eingegangen sind. Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum letzten Protokoll angemeldet.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 18. Januar 2017 wird einstimmig genehmigt.

62 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplan Cheddite II - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 1. Lesung (Nr. 2016/13)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Geschäft ist zweifach zu beraten, weshalb die 2. Lesung inklusive Beschlussfassung auf die nächste Ratssitzung vom 29. März 2017 traktandiert wird.

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2016/13a vor: Die BPK hatte die Vorlagen an vier Sitzungen beraten, wobei bei den ersten zwei Sitzungen jeweils eine Delegation der verantwortlichen Projektverfasser und Eigentümerschaft anwesend waren. An den zwei nachfolgenden Sitzungen erfolgte die Fragenbeantwortung, die Beratung sowie Beschlussfassung.

Betreffend den Rahmenbedingungen kann festgehalten werden, dass auf dem Areal bereits ein rechtsgültiger Quartierplan aus dem Jahre 2005 besteht, welcher jedoch nie realisiert wurde. Der QP ist Bestandteil einer gemeindeübergreifenden Gesamtplanung zwischen Liestal und Lause, der grösste Flächenanteil liegt auf dem Gemeindebiet von Lausen und von den 10 Neubauten liegen total 4 Neubauten auf Liestaler-Boden. Die Ausnützungsziffer des Liestaler-Teils liegt bei 87.7% und ist damit zwar höher als der erste QP, ist aber immer noch deutlich tiefer als die jüngst bewilligten Quartierpläne in Liestal. Die Überbauung hat eine gemeinsame Einstellhalle, die jedoch mit einer Trennwand versehen ist. Die Gemeinde Lausen hat dies aufgrund zahlreicher Stimmen aus ihrer Bevölkerung gewünscht. Die Einstellhalle bekommt somit eine separate Ein- und Ausfahrt für den Liestaler-Teil und den Lausener-Teil. Der Lausener-Teil der Gesamtplanung ist von der Gemeindeversammlung am 14. September 2016 bereits bewilligt worden. Die bestehenden Bauten wie das Trafohaus und die Remise werden in das Gesamtkonzept integriert und nicht zurückgebaut. Erste Gespräche mit möglichen Investoren wurden bereits geführt und es ist den Projektverfassern wichtig, dass sie einen Investor finden, welche ihre Ideen in ihrem Sinn und Geist umsetzen werden. Es soll attraktiver und bezahlbarer Wohnraum entstehen. Es werden Wohnungsgrössen von ca. 100 m² für 4-Zimmer-Wohnungen respektive 85-90 m² für 3-Zimmer-Wohnungen angestrebt. Der QP wird in einer aussergewöhnlich naturnahen Umgebung mit hohem Erholungswert realisiert. Durch die naturnahe und biodiverse Aussenraumgestaltung soll dieser Standortvorteil zusätzlich verstärkt und für die Bewohner erlebbar gemacht werden. Es ist eine Projektetappierung mit Beginn in Lausen vorgesehen. Die Überbauung sollte vom Hochwasserbereich der Gewässer nicht tangiert sein. Gemäss Gutachten sind Altlasten vorhanden, doch ist die Altlastensanierung nicht Gegenstand des Quartierplanreglements, sondern muss im Baugesuchsverfahren nachgewiesen werden. Gemäss Bauprojekt wird eine 350 Meter lange und 2.5 Meter hohe Lärmschutzwand direkt an der A22 auf der bestehenden Betonmauer der Begrenzung des Standstreifens gebaut. Mit dieser Massnahme kann die für das Areal geltenden Lärmempfindlichkeitsstufe LES II eingehalten und die Aussenräume besser genutzt werden. Die Energieversorgung ist noch nicht im Detail festgelegt und ist mittels eines Energiekonzepts festzulegen.

Als Schwerpunkt der BPK-Beratung ist auch das Gesamtkonzept der Siedlung mit den Aussenräumen thematisiert worden. Der QP liegt etwas ausserhalb vom Stedtli in der Nähe der A22, was man hinsichtlich der Qualität die Vorteile einer erlebbaren Aussenraumgestaltung im naturnahen Umfeld nutzen möchte. So soll das Windentalbächli renaturiert und die Ergolz-Uferschutzzone attraktiv ausgebildet werden. Das Trafohaus und die Remise sollen als historische Bestandesbauten für den Kinderspielplatz, die Gemeinschaftsgärten usw. erhalten bleiben. Die Nachhaltigkeit ist den Projektverfassern ebenfalls wichtig, weshalb für die Überbauung auch das Zertifikat „Minergie eco“ sowie das Novum bzw. Zertifikat „Natur & Wohnen“ der Stiftung „Natur & Wirtschaft“ angestrebt wird, wofür das Vorzertifikat bereits vorliegt. Auch ist beabsichtigt, dass auf dem Areal Gebäude in Holzbau erstellt werden. Die BPK findet die vorgeschlagene Fokussierung auf attraktive Aussenräume und Nachhaltigkeit

sinnvoll und gut. Zur Sicherstellung des Gesamtkonzeptes sollen deshalb vom Stadtbauamt die Formulierungen gemäss BPK-Bericht betreffend Qualität der Aussenräume, Energieeffizienz, Holzbau und Gemeinschaftsanlagen in den Planungsbericht aufgenommen werden. Hinsichtlich der verkehrstechnischen Einbettung des QP kann festgestellt werden, dass die verkehrstechnische Erschliessung für den MIV ausschliesslich über die Heidenlochstrasse in Liestal erfolgt. Die Durchfahrt Weidmatt bleibt für den privaten Verkehr weiterhin geschlossen. Der QP ist direkt an die kantonale Veloroute und auch an die Buslinie 78 angeschlossen. Für die Heidenlochstrasse ist ein neues Strassenprojekt geplant und im QP sind die notwendigen Vorkehrungen für einen Ausbau der Heidenlochstrasse betreffend Landabtretungen usw. bereits berücksichtigt worden. Die Projektverfasser beabsichtigen ein Mobilitätskonzept zu erarbeiten, welches auch Car-Sharing-Angebote, Ladestationen für E-Bikes usw. beinhalten soll. Gemäss Zusatzantrag der BPK soll in § 9 des QP-Reglementes die Einreichung eines Mobilitätskonzeptes rechtsverbindlich aufgenommen werden. Die BPK wünscht sich vom Stadtrat, dass vor Fertigstellung der QP's Gremmet und Cheddite II die Buslinie 78 im Mündungsbereich Windental/Heidenlochstrasse eine zusätzliche Bushaltestelle erhält. Im Quartierplanreglement wird die Art und Weise der Energieversorgung nicht festgelegt, weshalb gemäss BPK-Zusatzantrag im QP-Reglement die Standardformulierung betreffend dem Energiekonzept aufgenommen werden soll. Betreffend dem Schwerpunkt „Gestaltung der Bauten“ muss festgestellt werden, dass auch dieser QP markante Eingriffe in das Erscheinungsbild des bestehenden Siedlungsraums zur Folge hat. Es ist der BPK sehr wichtig, dass bei der Realisierung dieser Bauvorhaben der Gestaltung eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Gemäss vorliegendem Quartierplanreglement wird dem Stadtrat ein Mitspracherecht betreffend Materialisierung und Gestaltung der Fassaden bei den Hauptbauten zugestanden. In der Praxis zeigen sich aber Schwierigkeiten in der Umsetzung. Die Stadtbehörden werden meist erst bei der Einreichung des Baugesuchs mit einbezogen und Variantendiskussionen sind in diesem Zeitpunkt schwierig, da die Projekte in der Planung bereits sehr weit fortgeschritten sind. Die BPK ist der Meinung, dass eine Variantendiskussion im Vorfeld der Baueingabe sowohl für den Investor wie auch die Stadtbehörden besser planbar wäre und damit auch zu besseren Ergebnissen punkto Fassadengestaltungen führen kann. Die BPK schlägt mit ihrem Zusatzantrag eine diesbezügliche Ergänzung in § 6 des QP-Reglementes vor. Beim Thema „Mutation Zonenplan Siedlung“ geht es darum, dass der neue Quartierplan Cheddite II nur noch auf der Parzelle 1812 projiziert wird und deshalb muss die beantragte Mutation auf Parzelle 3227 vorgenommen werden, ansonsten auf dieser immer noch die Bestimmungen des alten bzw. ersten Quartierplanes Cheddite Gültigkeit hätten. Die Parzelle 3227 würde neu der Zone WG3 zugeordnet. Auch die Ausscheidung der neuen Uferschutzzone der Parzelle 1812 soll sinnvoll fortgeführt und auf den Parzellen 3227 und 2402 in der gleichen Breite festgesetzt werden.

In der Gesamtwürdigung äussern sich die BPK-Mitglieder grossmehrheitlich positiv zu der geplanten Überbauung Quartierplan Cheddite II, insbesondere unter Einbezug der durch die BPK eingebrachten Zusatzanträge und die zusätzlich im Planungsbericht berücksichtigten Textpassagen. Damit sollte gewährleistet sein, dass das Projekt schlussendlich so realisiert wird, wie es präsentiert, besprochen und schlussendlich beschlossen wurde. Mit dem Quartierplan wird eine alte Industriebrache von Liestal einer sinnvollen Verwendung zugeführt. Das Konzept der Projektverfasser, das Umfeld der naturnahen Umgebung aufzunehmen und mit einer attraktiven Aussenraumgestaltung zusätzlich zu verstärken gefällt und erscheint speziell für Familien attraktiv, zumal gleich nebenan im QP Grammet ein Kindergarten entstehen soll. Die Nähe des QP an der Autobahn A22 und die mit der Nachbargemeinde schlecht koordinierte Verkehrserschliessung des QP wird von der BPK bemängelt. Der BPK gefallen hingegen die geplanten Gemeinschaftsanlagen unter Einbezug der neuen Uferschutzzone sowie dem renaturierten Windentalbächlein und verstärkt den positiven Eindruck vom Projekt angesichts der Lage und Lärmschutzmassnahmen.

Markus Rudin (SVP) hält fest, dass der QP mit einer Gesamtfläche von rund 28'000 m² in Liestal alleine 70 Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bringen wird. Die Renaturierung des Windentalbächleins, die Anpassungen der Uferschutzzonen sowie die Spielplatz- und Aussenraumgestaltung gefallen auch seiner Fraktion. Auch verkehrstechnisch ist der QP gut er-

schlossen. Es ist begrüssenswert, dass betreffend der Überbauung noch ein Mobilitätskonzept eingereicht wird. Auch finden die Ergänzungen im Planungsbericht gemäss Vorschlag der BPK sowie die Zusatzanträge in der Fraktion Zustimmung. Sinnvoll ist es natürlich auch, dass die bald 20-jährige Brache nun doch bald wieder genutzt wird. Man kann hoffen, dass nach der Realisierung des QP Cheddite und QP Grammet im betreffenden Gebiet auch wieder einmal ein Quartierladen eröffnet wird.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass es sich beim vorliegenden Projekt um einen qualitativ hochstehenden Quartierplan handelt, welcher auch auf die Geschichte des Gebietes mit verschiedenen Massnahmen Rücksicht nimmt. Der QP liegt am Ortsrand und ist nicht zentral gelegen, dürfte aber doch wesentlich vom naturnahen Umfeld profitieren. Der Verkehrserschliessung muss ebenfalls die gebührende Beachtung geschenkt werden und in diesem Zusammenhang ist sie gespannt auf die stadträtlichen Antworten zum neuen Postulat Nr. 2017/37, mit welchem die gemeindeübergreifende Verkehrserschliessung Liestal/Lausen thematisiert wird. Die Mittefraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) merkt an, dass die gemeindeübergreifende Überbauung schon eine Besonderheit sei. Besonders beim QP Cheddite II ist ebenfalls die Lage am östlichsten Rand Liestals, die 360 Meter lange Lärmschutzwand entlang der A22, das naturnahe Umfeld mit dem renaturierten Windentalbächlein und erneuerten Ergolz-Uferschutzzone, der erhöhte Minergiestandard minergie eco, der mehrgeschossigen Holzbau, das Zertifikat Natur & Wohnen, das gemeinschaftliche Areal mit Kinderspielflächen und Pflanzgärten und natürlich die Einstellhalle mit Trennwand und den separaten Zu- und Einfahrten in Lausen und Liestal. Die Trennwand in einer gemeinsamen Einstellhalle mit den Zufahrten aus Liestal bzw. Lausen stösst in seiner Fraktion schon auf ein grosses Unverständnis und deshalb habe er auch das Postulat Nr. 2017/37 in erwähnter Angelegenheit mitunterzeichnet. In der heutigen Zeit braucht es wirklich keine solchen Grenzzäune mehr und pragmatische Lösungen sowie eine vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden sind gefragt. Den BPK-Zusatzanträgen wird die Grüne Fraktion zustimmen.

Patrick Mägli (SP) erklärt, dass man nach den gemachten Erfahrungen der QP's in den letzten Jahren in seiner Fraktion zur Überzeugung gekommen ist, dass die Qualität der Quartierplanungen unbedingt besser gesichert werden muss. Die qualitativen Elemente müssten gegenüber den quantitativen Elementen besser gewichtet werden. Beim vorliegenden QP fällt die Naturnähe auf und doch liegt dieser entlang einer Autobahn. Die Verkehrsanbindung ist für den öV und auch den MIV nicht ideal, liegt der QP doch ziemlich abgelegen und die Trennmauer in der Einstellhalle stösst auch in seiner Fraktion auf absolutes Unverständnis. Mit dem von ihm unterzeichneten Postulat Nr. 2017/37 wird deshalb auch eine gemeindeübergreifende und verbesserte Verkehrserschliessung zwischen Lausen und Liestal bezweckt. Anfangs hatte er persönlich dem QP sehr skeptisch gegenüber gestanden, doch nach den substanziellen Zusicherungen und Verbesserungen der Projektverfasser sowie Eigentümer im Rahmen der BPK-Beratungen dürfte hier nun doch einer der hochwertigsten Quartierpläne der letzten Jahre vorliegen. Die SP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Werner Fischer (FDP) bestätigt die Aussage seines Vorredners betreffend der anfänglichen Skepsis und dem nun vorliegenden überzeugenden Endprodukt. Der überarbeitete QP Cheddite gefällt in der neuen Form und es ist gut, dass bei der Industriebrache nun endlich etwas geht und das Areal sinnvoll genutzt wird. Gespannt ist man auch darauf, wie sich das mit der Mieterstruktur entwickeln wird. Hoffentlich können die Wohnungen auch an Familien vermietet werden, welche die Miete selber bezahlen können. Die Anträge der BPK werden ebenfalls unterstützt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) interessiert es, ob die Investoren und das Investitionsvolumen des QP Cheddite II bekannt sind und was passiert, wenn das Projekt schlussendlich nicht realisiert würde?

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass die Beratung sowie Resultate der Kommissionsberatung detailliert in der Vorlage Nr. 2016/13a festgehalten und vom BPK-Präsidenten vorgängig nochmals wiedergegeben wurden. Der QP ist schon etwas speziell, ist doch das QP-Areal von einer Industriebrache zu einem Wohngebiet entwickelt worden. Betreffend der mehrmals erwähnten Mauer in der Einstellhalle möchte er festhalten, dass diese auf Begehren der Gemeinde Lausen in die Planung aufgenommen wurde, nachdem das Projekt wegen Bedenken der Anwohnerschaft in Lausen zu scheitern drohte. Bereits im Mitwirkungsverfahren hatten gegen 100 Quartierbewohner in Lausen Ängste betreffend dem zu erwartenden Mehrverkehr geäussert, weshalb der Stadtrat schlussendlich der räumlichen Trennung der Einstellhalle zugestimmt hatte. Daran dürfte sich kaum mehr etwas ändern, ist die Quartierplanung doch in Lausen bereits im letzten Herbst beschlossen worden. Der Stadtrat kann den Planungsberichtergänzungen gemäss den Vorschlägen der BPK sowie den Zusatzanträgen der Kommission zustimmen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Nach der zweiten Lesung an der nächsten Sitzung wird der Rat dann auch über die Anträge beschliessen müssen.

63 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2021 - Bericht Stadtrat, Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2016/15)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert, dass das Büro dieses Geschäft nach folgendem Ablauf behandeln möchte:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2016/15a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2016/15b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2016/15c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) *Eintreten*

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden und das Eintreten unbestritten ist.

b) *Bericht FIKO (Nr. 2016/15a)*

Fabian Eisenring (SP) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2016/15a und hält als Präsident die wichtigsten Punkte fest: Auch beim vorliegenden Entwicklungsplan (EP) hat man sich nebst den Standardthemen noch mit einigen Schwerpunktthemen befasst. Auch von der FIKO wird die stadträtliche Wachstumsstrategie begrüsst. Das strategische Ziel für einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt kann beim Vergleich mit dem letzten EP 2016-2020 wohl schon besser erreicht werden, ergeben doch die Mittelwerte eine Verbesserung der Saldos bei der Erfolgsrechnung von TCHF 1'180 und bei der Selbstfinanzierung von TCHF 1'152. Die Fremdkapitalaufnahme ist wohl unvermeidbar, sollte aber bis im Jahr 2021 den Betrag von TCHF 49'601 nicht übersteigen. Die Abweichungen zum letzten EP werden auf den Seiten 16 - 18 von der Verwaltung erläutert. Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung wurden unterschiedliche Zahlen festgestellt, was im nächsten EP einfließen wird. Die Unternehmenssteuerreform III ist ja abgelehnt worden und nun wartet man auf die neuesten Zahlen des Kantons betreffend den Steuererträgen. Im Zusammenhang mit dem Stellenplan kann man feststellen, dass in der Verwaltung stetig an der Effizienz gearbeitet wird. Für die Grossprojekte des Stadtbauamtes sind vom Stadtrat 200 Stellenprozente bewilligt worden. Bis Ende Planungsperiode 2021 sind keine weiteren Stellenprozente berücksichtigt worden, was man angesichts des prognostizierten grösseren Bevölkerungswachstums in der FIKO etwas skeptisch zur Kenntnis genommen hat. Die FIKO beantragt einstimmig, den beiden stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Stadtrat und Verwaltung werden für die Erarbeitung des EP 2017-2021 sowie die konstruktive und gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Vorberatung der Vorlage durch die FIKO der beste Dank ausgesprochen.

c) Bericht BPK (Nr. 2016/15b)

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht und stellt fest, dass betreffend den Schulbauprojekten eine Masterplanung erstellt wurde, bei welcher die erwartete Bevölkerungsentwicklung und auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel berücksichtigt. Umfassende Instandsetzungsarbeiten der Schulanlage Rotacker sind in die Ferne gerückt und so müssen in Kürze Sofortmassnahmen ergriffen werden, damit die Gebäude trotzdem genutzt werden können. Auch für den Tiefbau und den Verkehr ist eine Masterplanung erstellt worden. Speziell sei der Vierspur-Ausbau der SBB erwähnt. Zudem sollen mit planerischen Massnahmen die Trasseesicherung für eine Umfahrung-Tunnelvariante gesichert werden. Beim Thema Energie musste von der BPK doch kritisiert werden, dass trotz der fraktionsübergreifenden Energiespar-Motion nach wie vor der stadteigene Energieverbrauch bei der Strassenbeleuchtung und der Wasserversorgung nicht ausgewiesen wird, was spätestens beim nächsten EP getan werden müsste. Erfreut hat man zur Kenntnis nehmen dürfen, dass bei den Betrieben eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit vermehrt unterstützt wird, so beispielsweise die Miete der Rissvergussmaschine in der Nachbargemeinde Lausen sowie der Winter-Pikettdienst mit anderen umliegenden Gemeinden. Bei der Wasserversorgung ist Nachholbedarf in verschiedenen Bereichen vorhanden. Auch ist man zuversichtlich, dass die überarbeiteten Gebührenreglemente Wasser und Abwasser noch dieses Jahr zur Beratung und Beschlussfassung dem Einwohnerrat vorgelegt werden können. Bei der Abfallbeseitigung bleiben die reduzierten Gebühren so lange bestehen, bis dass das Eigenkapital unter die Marke von CHF 75.-/Einwohner sinkt. Auch die BPK beantragt dem Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

d) Bericht SBK (Nr. 2016/15c)

Verena Baumgartner (GL) geht als SBK-Präsidentin davon aus, dass alle den Kommissionsbericht bzw. die Vorlage Nr. 2016/15c gelesen haben, weshalb sie nur die wichtigsten Punkte hervorheben wird. Beim Schulhaus Frenke laufen die Bauarbeiten auf Hochtouren und die nächste Baustelle zeichnet sich im Schulkreis Gestadeck ab. Eine vorausschauende Planung im Schulbereich ist auch angesichts des bevorstehenden Wachstums wichtig. Wegen Bedarf werden in Liestal weiterhin Kleinklassen und ISF parallel geführt. Im 2017 wird im Bildungsbereich eine Aufgabenüberprüfung durchgeführt. Die vor einem Jahr ergriffenen Massnahmen im Sozialbereich zeigen Wirkung und trotz steigenden Fallzahlen konnten die Kosten ohne Leistungsverzichte gehalten werden. Auch die SBK findet es wichtig, dass der Stadtrat betreffend der Ausgleichsinitiative hartnäckig bleibt. Der „Runde Tisch Asyl“ bietet ebenfalls einen guten Rahmen für die Freiwilligenarbeit im Asylbereich. Das Altersleitbild ist erstellt worden und wird dem Einwohnerrat im April 2017 vorgestellt. Gespannt ist die SBK auch auf die Controllingliste im Zusammenhang mit dem neuen Jugendleitbild. In der Vorberatung ist die SBK auch über die vielseitige Kulturförderung Liestals informiert worden. Auch ihre Kommission empfiehlt die Annahme der stadträtlichen Anträge.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Ott dankt den drei vorberatenden Kommission für ihre Einschätzungen und die Berichterstattungen. Diesen kann entnommen werden, dass man in grossen Zügen den strategischen und auch finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrates zustimmen kann. Das gemeinsame Verständnis ist für Liestal bei der momentanen Vorwärtsbewegung und Dynamik wichtig. Auch in den nächsten Jahren wird man von Kosten- und Aufgabenverlagerungen vom Kanton auf die Gemeinden nicht verschont bleiben, was zu Abweichungen prognostizierter Zahlen und Anpassungen führen wird. Mögliche Szenarien betreffend der Unternehmenssteuerreform usw. sind im Entwicklungsplan bereits aufgezeigt worden. In den nächsten Jahren werden auch Investitionen im grösseren Ausmass von durchschnittlich rund

6,5 Mio. Franken pro Jahr getätigt und eine kluge Priorisierung und Staffelung ist nötig. Die Bedeutung und Wichtigkeit der sozialen Infrastruktur Liestals ist von der SBK thematisiert werden, was von dieser am Beispiel der Kleinklassen und ISF aufgezeigt wird.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Hans-Rudolf Schafroth (SVP) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des EP 2017-2021 sowie den vorberatenden Kommissionen für die Abklärungen und die Berichterstattung. In Anbetracht der umfangreichen Kommissionsberichte sowie detaillierten Ausführungen der Kommissionspräsidenten an der heutigen Sitzung verzichtet er darauf, auch noch im Detail auf den EP 2017-2021 einzugehen. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der Kommissionen zustimmen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass die Transparenz im EP sehr gut ist. Betreffend der Risikostrategie des Stadtrates muss festgestellt werden, dass der Aufwand der Erfolgsrechnung in der Planperiode kontinuierlich ansteigt und es zu dem bekannten Schuldenaufbau kommt. Gemäss neuesten Zahlen der Hochrechnung 2016 kommt es gar zu einem negativen Selbstfinanzierungsgrad. Bei der Wachstumsstrategie rechnet man mit Ertragssteigerungen von rund 22 %, was etwas einseitig sein dürfte, betrachtet man beispielsweise die Zinsentwicklung beim Fremdkapital, welcher von 2,4 % im EP 2016-2020 nun im EP 2017-2021 auf 0,3 % gesenkt wurde. Der Aufwand bei der Einwohnerkasse steigt von 38,4 Mio. im Jahr 2012 auf Ende Planperiode bis auf 50 Mio. an, was nicht alleine mit dem Bevölkerungswachstum begründet werden kann und schon beunruhigt. Bei den 13 strategischen Schwerpunkten wie die Erhöhung der Steuereinnahmen, die Ausgleichsinitiative usw. geht es um Mehreinnahmen, doch werden keine Massnahmen zur Eindämmung des Ausgabenwachstums aufgezeigt. Die Bevölkerung soll in der Planperiode um 2'753 Einwohner anwachsen und dies ohne zusätzlichen Stellenprozente bei unveränderten Personalkosten, was von seiner Fraktion als riskant beurteilt wird.

Anna Ott (GL) führt aus, dass der Entwicklungsplan transparent die stadträtliche Strategie aufzeigen soll und dies dürfte ihm mit der unterbreiteten Vorlage sehr gut gelungen sein. Ihre Fraktion schätzt es, dass die vorberatenden Kommissionen im Dialog mit dem Stadtrat und der Verwaltung verschiedene Punkte des EP vertieft prüfen konnten. Ebenfalls wird begrüsst, dass der EP auch der SBK-Kommission zur Vorberatung überwiesen wurde. Die Vorwärtsstrategie wird unterstützt, dürften schlussendlich doch die Lasten der Zentrums-gemeinde Liestal auf noch mehr Schultern verteilt werden können. Die Verdichtung nach innen und der sorgfältige Umgang mit den Bodenressourcen wird befürwortet. Ihre Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) unterstreicht, dass auch seine Fraktion voll und ganz die stadträtliche Strategie unterstütze. Auch möchte man in Liestal mehr juristische Personen ansiedeln und so wären diesbezügliche ergänzende Informationen im nächsten EP dienlich. Auch die FDP-Fraktion begrüsst die Transparenz, die Planung und den Ausblick in die nächsten Jahre. Dienlich sind auch die aufgezeigten Szenarien, damit man weiss, was für Folgen beispielsweise die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform haben könnte. Seine Fraktion wird den Anträgen einstimmig zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, auch seine Fraktion ist sich bewusst, dass man vom Stadtrat mit dem EP jeweils ein Top-Planungsinstrument erhalte, womit man sich nebst den politischen Themen wieder einmal aus der Vogelperspektive schwergewichtig mit den strategischen Zielen befassen kann. Der EP ist schwergewichtig nach wie vor ein Finanzinstrument und auch seine Fraktion ist der Meinung, dass es zur Umsetzung der Wachstumsstrategie auch Personen braucht. Auch seine Fraktion ist unsicher, ob dafür die Ressourcen gemäss Stellenplan auch ausreichend sind. Den Anträgen wird man zustimmen.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Markus Rudin (SVP) befürwortet es, dass beispielsweise im Werkhof ältere Maschinen und Einrichtungen ersetzt werden sollen, bei denen die Reparaturen immer wieder viel Geld gekostet haben und zum Teil unnötig viel Energie verbrauchen.

h) Anträge

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Alle 3 Kommissionen beantragen dem Rat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2021 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig den Stellenplan zur Kenntnis.

64 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fragestunde

1. Frage / Hans-Rudolf Schafroth (SVP) - Veloparking gegenüber Postgebäude

Seit mindestens einem Jahr liegen unbenutzte, zum Teil fahruntaugliche Velos in der Baumgruppe vis-à-vis dem Postgebäude auf der Palazzo-Seite, was einen miserablen Eindruck macht. Ist der Stadtrat bereit, sich der Angelegenheit anzunehmen und diesbezüglich Ordnung zu schaffen, damit künftig wieder Velos kurzfristig abgestellt werden können.

Stadträtin Regula Nebiker: Im April/Mai 2017 ist eine Aktion geplant. Die Information erfolgt über das Liestal aktuell sowie mit Flyern an den Fahrrädern, mit welchen darauf hingewiesen wird, dass die Velos in einem bestimmten Zeitraum weggeräumt werden. Die Fahrräder werden dann zum Werkhof gebracht und registriert. Ist ein gestohlenes Velo dabei, wird der Halter durch die Polizei informiert. Velos, welche nach einer definierten Frist nicht abgeholt wurden, werden der Velostation zur weiteren Verwertung übergeben.

2. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Velostation

Wie gut war die Velostation 2016 belegt, d.h. wieviele der bewachten Veloparkplätze konnten vermietet werden und wieviele sind unvermietet geblieben? Wie gut war der unbewachte Teil benutzt?

Stadtrat Franz Kaufmann: Auf der Postseite sind die 120 bewachten und 115 unbewachten Veloabstellplätze praktisch zu 100% ausgelastet. Auf der Südseite sind die 90 unbewachten Abstellplätze meist belegt. Von den bewachten 111 Abstellplätzen werden im Schnitt nur 6 bis 10 Abstellplätze vermietet.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Lärmschutz bei Ein-/Ausfahrt Altmarkt

Beim QP Cheddite sind die Lärmschutzwände entlang der A22 ein Thema. Die Grenzwerte sind überschritten. In dieser Region wurde den Anwohnern im Gebiet Altbrunnenstrasse vor vielen Jahren Lärmschutzmassnahmen zugesprochen, diese sind jedoch bis heute nicht umgesetzt. Siehe meine Eingabe vom Dezember 2011/197a. Meine Frage: Das Lärmsanierungsprojekt war einmal für die Programmperiode 2016-18 vorgesehen. Weiss die Stadt hier, zu welchem Zeitpunkt diese Lärmschutzwände effektiv erstellt werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die zuständige Ansprechperson des Kantons konnte nicht erreicht und kontaktiert werden und so kann er die Frage auch nicht beantworten.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Fussweg entlang der Ergolz Liestal-Lausen

Am Ende des Altbrunnenweges nach den Zollparkplätzen führt ein schöner Fussweg entlang der Ergolz Richtung Lausen. Der Einstieg dieses Weges ist mit Rasengittersteinen, welche eigentlich für flache Ebenen eingesetzt werden, versehen und ziemlich steil. Im Winter ist dieser Abschnitt nicht begehbar. Für ältere Personen und Personen mit Kinderwagen, und für Behinderte ist dieser kurze Einstieg auch bei normalem Wetter zu gefährlich. Meine Frage: Wäre es möglich, mit wenig Mittel diesen kurzen Einstieg begehungsfreundlicher und sicherer zu gestalten.

Stadtrat Daniel Spinnler: Der beschriebene Wegabschnitt gehört dem Kanton. Die Rasengittersteine wurden im Zusammenhang mit der Neuerstellung der Strassenabwasserbehandlungsanlage eingebaut. Sie verhindern die Erosion bei diesem Mergelweg und dienen der besseren Befahrbarkeit durch die Reinigungsfahrzeuge des Kantons. Die Betriebe der Stadt werden beim Kanton die Frage stellen, ob mit wenig Mittel dieser Ort fussgängerfreundlicher gestaltet werden kann.

5. Frage / Denise Meyer (SVP) - Veranstaltungskasten beim Törli

Zum wiederholten Male verweisen wir auf die unbefriedigende Betreuung des Veranstaltungskastens beim Törli. Heute sind wieder Anlässe von anfangs Februar publiziert. Frage: Wer ist für die Betreuung zuständig, und ist denn tatsächlich keine Verbesserung möglich?

Stadtrat Franz Kaufmann: Für die Betreuung des Aushangs ist das Stadtbauamt zuständig. Wenn am Info-Schalter keine neuen Aushänge abgegeben werden, fand bisher auch kein Kontrollgang zum Veranstaltungskasten statt. So konnte es passieren, dass halt auch ältere Publikationen im Kasten hängen.

6. Frage / Denise Meyer (SVP) - Zusätzliche Abfallbehälter an der Fasnacht

Luzern hat diesbezüglich ein gut funktionierendes System entwickelt, welches dazu führt, dass der Werkhof weniger Aufwand beim Wegräumen des Abfalls hat. Frage: Hat Liestal auch schon geprüft, ob ein Konzept mit zusätzlichen Behältern eine Verbesserung bringen würde?

Stadtrat Daniel Spinnler: Die Abfallbeseitigung während der Fasnacht ist ein grosses Anliegen der Stadt. So werden zusätzliche grosse Abfallbehälter und auch Mulden aufgestellt. Optimierungen werden immer wieder überprüft.

7. Frage / Denise Meyer (SVP) - Zusätzliche Parkplätze zugunsten des Zentrums

Wo sind die öffentlichen Ersatzparkplätze für die während der Bauzeit der Rathausstrasse wegfallenden Parkmöglichkeiten?

Stadtrat Franz Kaufmann: In den Parkhäusern Manor und Engel stehen genügend freie Parkplätze in unmittelbarer Stadtnähe zur Verfügung.

8. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Erweiterung Schulhaus Gestadeck: Mehrzweckhalle möglich?

Im Rahmen der Erweiterung des Schulhauses bietet sich die Möglichkeit eine Anlage zu schaffen die den Ansprüchen einer breit gefächerten Nutzerschaft entspricht! Nirgends auf dem Gemeindegebiet lässt sich aus geografischer und ökonomischer Sicht nachhaltiger ein Projekt dieser Art realisieren! Wäre eine Mehrzweckhalle allenfalls bei der Planung ein Thema?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Bau einer Mehrzweckhalle war im Planungsprozess der Schulhauserweiterung ein Thema. Der Bau einer Mehrzweckhalle hätte trotz möglichen Synergien mit dem Schulhausbau zusätzliche Investitionen in Millionenhöhe bedeutet und hätte das Projekt entsprechend verteuert. Aus diesen Gründen wurde diese Option nicht weiterverfolgt. Im Übrigen steht den Vereinen und weiteren Benützern mit der Sporthalle Frenke eine grosse Halle mit entsprechender Kücheneinrichtung sowie in Nachbargemeinden geeignete Räumlichkeiten für grössere Anlässe zur Verfügung.

9. Frage / Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) - Gerichtsgebäude

An der Nordseite des kantonalen Gerichtsgebäudes beim Bahnhof ist seit geschätzten gut 15 Jahren auf Höhe des 1. Obergeschosses ein Provisorium ("Rucksack") angebracht. Dessen Gestaltung ist energetisch problematisch, indem das Verhältnis Zusatzoberfläche zu Zusatzvolumen ungünstig ist; zudem ist das Provisorium architektonisch gelinde gesagt keine Augenweide. Ist der Stadtrat im Bild, was der Kanton mit diesem Provisorium vorhat, und wenn ja, was sind die Absichten des Kantons? Setzt sich zudem der Stadtrat dafür ein, dass dieses unschöne Provisorium bis zur Umgestaltung und Aufwertung des Bahnhofgebiets verschwindet und falls ja, mit welchen Mitteln und auf welchem Weg?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Kanton konkretisiert derzeit seine Ausbaupläne beim Gericht und zieht eine Erweiterung in Betracht. Vor etwas mehr als einer Woche hat das kantonale Hochbauamt dem Stadtbauamt eine Machbarkeitsstudie für den Aus- und Umbau des Gerichtsgebäudes vorgestellt. Dies ist ein erster konkreter Schritt, der vermutlich ein Quartierplanverfahren mit Architekturwettbewerb auslösen wird.

10. Frage / Anna Ott (GL) - Umfahrungsstrasse A22

Mit dem Ja der Schweizer Stimmbevölkerung zum NAF wird die Umfahrungsstrasse A22 nun wohl an den Bund übergehen: Wie stellt der Stadtrat sicher, dass das Interesse der Bevölkerung an einer alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführung in der Planung des Bundes angemessen berücksichtigt wird?

Stadtrat Franz Kaufmann: Er hat erfreut vom Abstimmungsergebnis Kenntnis genommen, denn damit dürfte die Strasse vom Kanton an den Bund übergehen. Das Stadtbauamt ist derzeit in einer technischen Begleitgruppe zum Bauprojekt eingebunden, der Stadtrat in einem politischen Begleitgremium. Wie der Bund die weitere Planung organisieren wird, ist derzeit völlig offen.

11. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Tagesstrukturen / Mittagstisch

Wie gut sind die verschiedenen Module der Tagesstrukturen im aktuellen Semester besucht, wie gut der Mittagstisch?

Stadtpräsident Lukas Ott in Stellvertretung von Stadtrat Daniel Muri: Die Nachfrage steigt mit der Kontinuität des Angebots und dessen Vertrautheit und Bekanntheit für die Eltern. Aktuell haben wir beim Mittagstisch total 225 Belegungen, beim Modul 1 am frühen Nachmittag aktuell 37 Belegungen, beim Modul 2 am späteren Nachmittag sind es 65 Belegungen und beim Aufgabenhort 111 Belegungen. Das Angebot Ufzgi + Sport wird von rund 70 Kindern genutzt.

65 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Mehrwertabgabe - Interpellation „Münchensteiner Mehrwertabgab vom Bundesgericht geschützt - was macht Liestal?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2016/29)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation: Münchensteiner Mehrwertabgabe vom Bundesgericht geschützt – was macht Liestal?

Mit Urteil vom 16. November 2016, publiziert am 16. Dezember 2016, entschied das Schweizerische Bundesgericht, dass Gemeinden auf den Mehrwert, die durch Ein- und Aufzonungen von Bauland geschaffen werden, in Eigenregie Abgaben erheben dürfen, wenn die Kantone diesen Bereich nicht oder nur rudimentär regeln. Konkret schützte das Gericht die von der Gemeindeversammlung Münchenstein am 18. September 2013 beschlossene Mutation des Zonenreglements Siedlung, mit welcher auf Mehrwert aus Einzonungen eine Abgabe von 40 Prozent und auf Mehrwert aus Aufzonungen eine solche von 25 Prozent eingeführt wurde.

Der Kanton Basel-Landschaft hat den fraglichen Bundesauftrag bislang noch nicht umgesetzt. Mit Beschluss vom 13. Dezember 2016 überwies der Regierungsrat dem Landrat nun aber die Vorlage „Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten“ zur Beratung. Der Vorlage ist die folgende Stellungnahme der Stadt Liestal zu entnehmen: „Die Gemeinden sollen über die Höhe der Mehrwertabgeltung selbst bestimmen können, und generelle Mehrnutzungen, die im Rahmen von Gesamtrevisionen der Zonenplanung gewährt werden, sollen nicht unter die Abgeltungspflicht fallen. In weiteren Detailpunkten wird auf die Stellungnahme des VBLG verwiesen.“

Bei dieser Ausgangslage stellen sich aus Sicht des Interpellanten insbesondere die folgenden Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Stadtrat den erwähnten Bundesgerichtsentscheid, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Gemeindeautonomie?*
- 2. Fasst der Stadtrat nun ebenfalls eine kommunale Mehrwertabgabe ins Auge oder zieht er es vor, den kantonalen Gesetzgebungsprozess abzuwarten?*

Diego Stoll, SP-Fraktion

Liestal, 19. Dezember 2016

Stadtpräsident Lukas Ott meint, dass mit dem Vorstoss ein wichtiges Thema zur Sprache kommt. Wenn man in der Raumplanung dem Schutz der Landschaft eine grosse Bedeutung zukommen lässt, so braucht es eine aktive Raumplanung und Steuerungsmassnahmen. Für Liestal besonders relevant ist sicher die gemeindeübergreifende Planung in funktionalen Räumen, welche langsam konkretisiert wird und ebenso wichtig ist in Liestal die Siedlungsentwicklung nach innen. Als wichtige Lenkungs- und Qualitätsmassnahme kann sicher auch die Abschöpfung von Planungsmehrwerten erwähnt werden. Es ist natürlich schon unglücklich, dass man betreffend der Mehrwertabgabe auf kantonaler Ebene lange keine Regelung hatte und es den Gemeinden vom Kanton verwehrt wurde, eine eigene Mehrwertabgabe zu regeln und zu erheben. Mit dem in der Interpellation erwähnten Bundesgerichtsentscheid wird nun korrigierend eingegriffen, worüber auch der Stadtrat froh ist. Der Stadtrat wird künftig betreffend Rechtsauskünften namhafter Kaderleute des Kantons vorsichtiger sein und so beispielsweise auch Entscheide des Kantons in letzter Zeit betreffend Härtefondsbeiträgen misstrauischer prüfen und gar das Rechtsmittel ergreifen. Grundsätzlich sollten sich doch die Gemeinden darauf verlassen können, was für Rechtsauslegungen vom Kanton gemacht werden. Der Stadtrat nimmt deshalb erfreut vom Bundesgerichtsentscheid Kenntnis, mit welchem die Gemeindeautonomie gestärkt wurde. Liestal hat als Ersatz für die vom Kanton verwehrte Mehrwertabgabe eine Infrastrukturabgabe bereits in der Praxis umgesetzt, so beispielsweise bei den letzten Quartierplanungen usw. Diese konnte zwischen der Stadt und den Investoren und Bauherrschaften privatrechtlich abgewickelt werden und so sieht

der Stadtrat auch keinen dringenden Handlungsbedarf betreffend einer kantonalen Gesetzgebung. Man wird die Landratsentscheide abwarten und sollte sich auf Kantonsebene nach wie vor nichts bewegen, so würde der Stadtrat mit einer eigenen rechtlichen Regelung selbst aktiv werden.

Diego Stoll (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) meint als Interpellant, die kantonale Stellungnahme nach dem Bundesgerichtsentscheid habe ihn in schon etwas stutzig gemacht und den Antworten des Stadtpräsidenten kann er entnehmen, dass auch der Stadtrat eine andere juristische Einschätzung hat. Eine Mehrwertabgabe für einen Planungsmehrwert finde er grundsätzlich eine gute Sache, doch ist er nach wie vor betreffend der diesbezüglichen Gesetzgebung unschlüssig.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, die Mittefraktion befürworte die Entrichtung einer Mehrwertabgabe.

Hanspeter Zumsteg (GL) kann sich den Voten der Vorredner anschliessen und darüber informieren, dass auch die Grüne Fraktion die Entrichtung einer Mehrwertabgabe unterstützt.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/29.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass man von diesem Angebot keinen Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Beat Gränicher

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann